

Seit Jahresbeginn sorgt die sogenannte *Sabah-Frage* neuerlich für Spannungen zwischen den beiden südostasiatischen Anrainerstaaten Malaysia und den Philippinen. Im Kern geht es um einen seit Langem bestehenden Territorialanspruch der Philippinen auf den seit Mitte der 1960er-Jahre bestehenden ostmalaysischen Bundesstaat Sabah, ein Territorium, das einst die britische *Kronkolonie Nord-Borneo* gebildet hatte. Es ist dies ein politisch schwelendes Thema, das in der Vergangenheit häufiger zu diplomatischen Spannungen und beidseitig bekräftigten Souveränitätsansprüchen, aber auch zu offenen Kampfhandlungen führte. Eine Spurensuche von **Rainer Werning**.

Kartenstreit

Am 20. Februar 2026 gab der Sprecher des philippinischen *Außenministeriums (DFA) für maritime Angelegenheiten*, Rogelio Villanueva, während einer Pressekonferenz eine Erklärung ab, die umgehend für Wirbel sorgte. Sein Land, so Villanueva, halte seinen Souveränitätsanspruch auf Sabah aufrecht, nachdem erneut Diskussionen über eine philippinische Karte aus dem Jahr 2012 aufgekommen sind. Die kürzlich erfolgte Veröffentlichung einer aktualisierten Verwaltungskarte der Philippinen durch die *Nationale Behörde für Kartografie und Ressourceninformation (NAMRIA)* hat unbeabsichtigt die Diskussionen über den ruhenden, aber anhaltenden Anspruch Manilas auf Sabah angefacht. Die neu herausgegebene Karte sollte nämlich in erster Linie die Souveränität des Landes über die *Kalayaan-Inselgruppe* und *Bajo de Masinloc* im *Westphilippinischen Meer* unterstreichen. Sie zeigt allerdings auch das Gebiet von Sabah südlich von Mindanao, was Fragen zu geopolitischen Auswirkungen aufwirft.

Um die Wogen ein wenig zu glätten, wies Villanueva darauf hin, dass die Karte ein Verwaltungsinstrument für die Planung und Ressourcenverwaltung der Regierung und keine endgültige Kartierung der Seegebiete sei:

„Die Rechte der Philippinen in Bezug auf ihre Souveränität und Hoheitsrechte sowie ihre maritimen Ansprüche hängen nicht von der Vorlage dieser Karten bei den Vereinten Nationen ab, da sie auf dem Völkerrecht, insbesondere dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), beruhen und durch dessen wegweisenden Schiedsspruch vom Sommer 2016 klargestellt wurden.“

Auf die Frage, ob die NAMRIA-Karte die territorialen Grenzen neu definiere, um Sabah offiziell einzubeziehen, antwortete Villanueva, dass die Karte lediglich eine *„geografische*

Annäherung an Nordborneo im Verhältnis zum philippinischen Archipel“ darstelle. Der DFA-Beamte erklärte indes kategorisch, dass Manila seine historischen Rechte an dem Gebiet nicht aufgibt.

Malaysia hat formell gegen diese Interpretation Manilas und die neuen Seerechtsgesetze der Philippinen protestiert. Der malaysische Außenminister Datuk Seri Mohamad Hasan erklärte, die Gesetze würden die Seegrenzen Malaysias vor der Küste Sabahs, wie sie in der neuen Karte Malaysias von 1979 festgelegt sind, verletzen. Kuala Lumpur behauptet, dass die philippinische Gesetzgebung direkte Auswirkungen auf die Souveränität und Gerichtsbarkeit Malaysias habe, und bekräftigt, der Status Sabahs innerhalb der *Föderation Malaysias* sei von den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft anerkannt worden, nachdem sich die Bevölkerung im Jahre 1963 mehrheitlich für den Beitritt zur malaysischen Föderation entschieden hätte.

Zum Hintergrund

Lange bevor es Manila oder gar die Philippinen gab, war das *Sultanat Sulu* eine der mächtigsten und einflussreichsten Regierungen in der Region, mit diplomatischen und Handelsbeziehungen, die bis nach China reichten. Im 17. Jahrhundert sah sich der *Sultan von Brunei* mit einer Rebellion auf Borneo konfrontiert und bat den Sultan von Sulu um Hilfe. Daraufhin entsandte der Sultan von Sulu *Tausug*-Krieger, um die Rebellion niederzuschlagen. Als Zeichen seiner Dankbarkeit für die geleistete Hilfe vermachte der Sultan von Brunei im Jahre 1658 dem Sultan von Sulu jenes Territorium, das das heutige Sabah umfasst.

Am 22. Januar 1878 unterzeichnete schließlich der *Sultan von Sulu* mit einer privaten Firma namens *British North Borneo Company* unter der Leitung von Alfred Dent und Gustav Baron von Overbeck ein Abkommen, das Letzterer Sabah auf unbestimmte Zeit gegen eine jährliche Zahlung von 5.000 malaiischen Dollar „überließ“. Knackpunkt war und blieb der in der *Tausug*-Übersetzung verwendete Begriff „*padjak*“, was wörtlich „verpachten“, „mieten“ oder „leihen“ heißt. Im englischen Text ist indes von „grant and cede“ die Rede, was „überlassen und abtreten“ bedeutet.

1946 trat die *British North Borneo Company* ihrerseits Sabah an die Regierung in London ab, woraufhin der Sultan von Sulu das (Pacht-)Abkommen aufkündigte. Während die Bevölkerung in Sabah 1963 demokratisch für den Anschluss der Region an die neugeschaffene *Föderation Malaysia* votierte und dem Beitritt Sabahs als ostmalaysischem Bundesstaat in diese zustimmte, übertrug der Sultan von Sulu, das seit 1946 integraler Bestandteil der am 4. Juli desselben Jahres unabhängig gewordenen *Republik der*

Philippinen ist, der Regierung in Manila das Recht, seinen Anspruch auf Sabah politisch und diplomatisch durchzusetzen. Diese Position wurde 1968 im *Republikgesetz 5446* offiziell festgeschrieben, wodurch die Landesverfassung geändert und der Anspruch auf Nordborneo ausdrücklich beibehalten wurde. Um die ohnehin verzwickte Lage noch zu komplizieren, beriefen sich die Anhänger des Sultans auf einen 1915 mit den USA als damaliger Kolonialmacht (1898 - 1946) geschlossenen Pakt, wonach Washington sich verpflichtet hatte, die Interessen der Sultansfamilie zu schützen.

Zwischenzeitlich gab es all diesen Entwicklungen zum Trotz auch prononcierte Bestrebungen in Richtung eines malaiischen Irredentismus, der – hauptsächlich von indonesischen und philippinischen Intellektuellen und Nationalisten propagiert – darauf gerichtet war, die ethnisch malaiischen Gebiete – einschließlich der Malaiischen Halbinsel, British-Borneo und Niederländisch-Ostindiens (Indonesien) – zu einem großen Staat zu vereinen. Anfang der 1960er-Jahre war das Konstrukt *Maphilindo* en vogue, wonach der Zusammenschluss der Länder *Malaysia*, die *Philippinen* und *Indonesien* als politische Union avisiert ward. Das Vorhaben scheiterte, weil Indonesiens Präsident Sukarno auf einen Kurs der „*konfrontasi*“ vis-à-vis Malaysia einschwenkte beziehungsweise dessen Staatsgründung als neokolonialistische Intervention des britischen Imperialismus wertete.

Malaysia - Friedensbroker oder Spielverderber?

Seit Anfang der 1970er-Jahre sind der Sulu-Archipel und die Hauptinsel Mindanao die höchstmilitarisierten Gebiete der Philippinen. Lange Zeit herrschte in dieser ältesten Konfliktregion Südostasiens offener Bürgerkrieg – mit stetig wechselnden Fronten und zahlreichen Vertriebenen, die meist Zuflucht im friedlichen Sabah suchten. Zunächst war es die *Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF)*, die für einen unabhängigen Staat gekämpft, Ende 1976 aber im libyschen Tripolis, wo ihr Gründungsvorsitzender Nur Misuari im Exil lebte, ein Friedensabkommen mit dem damaligen Marcos-Regime geschlossen hatte. Um Marcos, der zwischenzeitlich eine militärische Invasion in Sabah erwogen hatte, zu kompromittieren, hatte Kuala Lumpur es Kombattanten der MNLF jahrelang gestattet, Sabah als Trainingslager und Rückzugsgebiet zu nutzen. Für diese und zahlreiche aus der Sulu-See vor den Kampfhandlungen geflohene Menschen eröffnete die gesellschaftliche Integration in Sabah als Teil des multi-ethnischen Malaysia eine neue Lebensperspektive. Heute leben und arbeiten dort etwa 800.000 Filipinos, wiewohl als staatenlose oder undokumentierte Migranten in einer rechtlichen Grauzone und sporadisch schikaniert von malaysischen Sicherheitskräften.

Nachdem Misuari und die MNLF Mitte der 1990er-Jahre von Manila kooptiert waren, sattelte Kuala Lumpur um und hofierte fortan die *Moro Islamische Befreiungsfront (MILF)*,

eine Abspaltung von der MNLF. Die MILF war zwischenzeitlich zur größten und bedeutsamsten muslimischen Gruppierung in den Südphilippinen avanciert. So fanden denn ausgerechnet unter der Ägide der malaysischen Regierung in Kuala Lumpur seit 1997 zunächst Waffenstillstands- und später Friedensverhandlungen zwischen der MILF und der Regierung in Manila statt. Derweil hatten die malaysischen Behörden Anfang 2002 Nur Misuari an Manila ausgeliefert, als dieser sich nach einer missglückten bewaffneten Revolte auf der Insel Jolo nach Sabah abgesetzt hatte. Wegen des Vorwurfs der Rebellion blieb er mehrere Jahre inhaftiert beziehungsweise unter Hausarrest gestellt. Was Misuari und seinen Gefährten einst als sicheres Versteck gedient hatte, war jetzt zur Falle geworden. Dies hat Misuari bis heute nicht verwunden.

Zum Durchbruch kam es am 15. Oktober 2012. Ein sichtlich gut gelaunter Präsident Benigno S. Aquino III. trat an diesem Tag vor die Kameras und erklärte:

„Das unterzeichnete Abkommen ebnet den Weg für einen endgültigen und dauerhaften Frieden in Mindanao.“

Gemeint war das wenige Tage zuvor zwischen Vertretern der Regierung und der MILF ausgehandelte „*Bangsamoro-Rahmenabkommen*“, konzipiert als Vorstufe eines endgültigen Friedensvertrages. In Gegenwart des als Gast geladenen malaysischen Premierministers Najib Razak fügte Aquino freudig hinzu:

„Nicht länger mehr strebt die MILF einen unabhängigen Staat an. Das heißt, die Hände, die einst Gewehre hielten, werden nun bald Land bestellen, Erzeugnisse verkaufen und an Werkbänken in Fabriken arbeiten und zahlreichen Bürgern neue Lebensperspektiven eröffnen.“

Eckpunkt dieses Rahmenabkommens zur Regelung der Belange des Moro-Volkes (beziehungsweise der Moro-Nation) sollte die Schaffung einer autonomen Region namens *Bangsamoro (BARMM)* sein. Bevor ein solches Abkommen jedoch erst unter der Präsidentschaft von Rodrigo R. Duterte (2016 - 2022) konkrete Gestalt annahm und ratifiziert wurde, hagelte es auch Kritik seitens enttäuschter Ex-MILF-Kämpfer, die sich zuvor unter Führung des Regionalbefehlshabers Ustadz Ameril Umbra Kato von der Organisation abgespalten hatten. Sie gründeten im Gegenzug die *Bangsamoro Islamische Freiheitsbewegung (BIFM)* mit den *Bangsamoro Islamischen Freiheitskämpfern (BIFF)* als deren bewaffnetem Arm. Der MILF unter Führung von Al Haj Murad Ebrahim und

Chefunterhändler Mohagher Iqbal warf die BIFM vor, gegenüber der Regierung in Manila eingeknickt zu sein und die Vision eines unabhängigen Moro-Staates aus dem Blick verloren zu haben. Pikanterweise hatten sich mit genau diesem Argument 1977 Ex-MNLF-Anhänger zur Gründung der MILF entschlossen.

Missglückter (militärischer) Gewaltakt im Frühjahr 2013

Am 9. Februar 2013 waren zwischen 200 und 300 bewaffnete Anhänger einer selbsternannten *Königlichen Armee des Sultanats von Sulu* von südphilippinischen Inseln aus mit Motorbooten in Lahad Datu und anderen Orten Sabahs angelandet. Angeführt wurden die in Malaysia umgehend als „Kriminelle“ und „Terroristen“ bekämpften Eindringlinge von Agbimuddin Kiram, einem Bruder des Sultans. Man sei gekommen, ließ schließlich *Sultan Jamalul Kiram III.* durch seinen Sprecher Abraham Idjirani verkünden, um seit Langem bestehende Landbesitzrechte endlich durchzusetzen und das „Heimatland wieder in Besitz zu nehmen“.

Was da wie ein possenhafter Nachklapp aus Tausendundeiner Nacht mit einem „Sultan of Swing“ als tragikomischem Hauptdarsteller anmutete, hatte sich zu einer tödlichen Geschichte entwickelt. Nach einer längeren Pattsituation kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit malaysischen Sicherheitskräften, bei denen etwa 80 Menschen ums Leben kamen. Während die malaysischen Behörden die Ereignisse herunterspielten und bereits von einem Rückzug der Anhänger des Sultans sprachen, bezeichnete dieser dies im Gegenzug als Propaganda.

In philippinischen Regierungskreisen wurde seinerzeit vermutet, der Einmarsch in Sabah sei ein Komplott gewesen, um den laufenden Friedensprozess in den Südphilippinen zu untergraben. Ein Vertreter des Sultans bestritt damals, dass dies der Zweck gewesen war, doch der Sultan selbst hatte sich mehrfach verärgert darüber gezeigt, aus dem Prozess ausgeschlossen worden zu sein - ein Argument, das auch ein verbitterter Nur Misuari wiederholt öffentlich zu Protokoll gab. Gegenüber der in Manila erscheinenden Tageszeitung *Philippine Daily Inquirer* erklärte Jamalul Kiram III.:

„Wir bleiben vor Ort. Warum sollten wir unsere Heimat verlassen? Die Malaysier bezahlen uns dafür doch bis heute Miete.“

Tatsächlich betrug diese Miete bis zu diesem Zeitpunkt jährlich 5.300 malaysische Ringgit (umgerechnet etwa 1.700 US-Dollar), die von der Botschaft Malaysias in Manila per Scheck

ausgezahlt wurde. Die Zahlungen wurden 2013 eingestellt, was zu einem internationalen Rechtsstreit führte. Die Erben des Sultans von Sulu^[1] erwirkten 2022 in Frankreich einen Schiedsspruch, der Malaysia zur Zahlung von rund 15 Milliarden US-Dollar an Schadensersatz verurteilte – ein Urteil, das jedoch in einem späteren Verfahren kassiert wurde und Kuala Lumpur ohnehin als illegal und betrügerisch einstufte. So befindet sich die *Sabah-Frage* im Frühjahr 2026 jenseits direkter militärischer Konfrontationsgefahr in einer diplomatischen Pattsituation, wobei Malaysia die administrative Kontrolle fest im Griff hat, während die Philippinen einen „niemals aufgegebenen“, ruhenden Anspruch aufrechterhalten.

Titelbild: Neuiiza / shutterstock

Weiterführende Lektüre & Links

- [Wikipedia - Maphilindo](#)
- [Malaysia hails 'victory' in row with Sulu sultan's Filipino heirs](#)
- [Malaysia Never Recognised Philippines' Claim Over Sabah](#)
- [PH revives Sabah claim in note to United Nations](#)
- [DFA reasserts Philippines' claim over Sabah | Philippine News Agency](#)
- [From Commission to Constitution - The Legal Foundations of Malaysia's Formation](#)
- [Sabah's borders: Indonesia joins Malaysia-Philippines dispute | Lowy Institute](#)
- Matthew Jones (2009): *Conflict and Confrontation in South East Asia, 1961-1965 - Britain, the United States, Indonesia and the Creation of Malaysia*. Cambridge University Press
- D. R. Saunders (2023): *Brokering a postcolonial Malaysia: how local elites shaped the Cobbold Commission, 1961-63*. Critical Military Studies

[«1] Das Sultanat von Sulu existiert natürlich längst nicht mehr als souveräner Staat; es besteht fort in Gestalt einer traditionellen Monarchie innerhalb des philippinischen

Zankapfel Sabah: Ein alter Konflikt aus Kolonialzeiten sorgt erneut
für Missstimmung zwischen Manila und Kuala Lumpur |
Veröffentlicht am: 18. April 2026 | 7

Staatsverbandes, wiewohl mit widerstreitenden Fraktionen.